



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

11.5009.02

WSU/P115009
Basel, 2. Februar 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 1. Februar 2011

Interpellation Nr. 98 Mirjam Ballmer betreffend Intervention der Axpo an der Klimaschau „2 Grad“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 12. Januar 2011)

„Seit August 2010 ist auf dem Dreispitzareal die Klimaausstellung "2 Grad" zu sehen. Sie gibt nicht nur Einblicke in die historische und aktuelle Klimaforschung, sondern zeigt auch, wie eng der Mensch mit Wetter und Klima verbunden ist und sie beeinflusst. In Anbetracht des weltweiten Klimawandels ist die Ausstellung ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung und war bisher sehr erfolgreich.

Gemäss einem Artikel in der BaZ vom 2. Januar 2011 intervenierte nun die Axpo gegen eine Computeranimation in der Ausstellung, welche sich kritisch zu Atomenergie äusserte. Darin wurde offenbar folgende Aussage gemacht: "Uran ist eine begrenzte Ressource. Bei einem massiven Umstieg auf Atomkraft wären die Uranvorräte nach nur 18 Jahren verbraucht. Der radioaktive Abfall strahlt noch sehr lange und ein schwerer Unfall kann nie ausgeschlossen werden."

Ich bitte den Regierungsrat in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Stimmt es, dass die Axpo auf oben genanntes Zitat negativ reagiert hat und dieses seither aus der Ausstellung gelöscht wurde?
2. In welchem Umfang hat sich die Axpo an der Ausstellung engagiert?
3. In welchem Umfang engagiert sich der Kanton Basel-Stadt an der Ausstellung?
4. Ist es üblich, dass ein Unternehmen wie die Axpo den Inhalt einer Ausstellung nachträglich bestimmen kann?
5. Wie verträgt es sich mit dem Basler Atomschutzgesetz, dass diese offensichtliche durch die AXPO veranlasste Zensur von atomkritischen Beiträgen, in einer Ausstellung, die vom Kanton BS mitfinanziert und -getragen wird, erfolgreich war?
6. Gedenkt der Regierungsrat bezüglich der Zensur zu intervenieren?
7. Wie gedenkt der Regierungsrat im Hinblick auf die anstehende Diskussion über neue AKW in der Schweiz auf die problematischen Aspekte der Atomenergie, wie zum Beispiel Strahlung im Normalbetrieb, untragbare Verseuchung der Umwelt bei einem Unfall, ungelöste Entsorgungsproblematik einzugehen?

Mirjam Ballmer“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Damit eine derart umfangreiche Ausstellung in Basel überhaupt gezeigt werden kann, ist eine breite Abstützung nötig. Die Trägerschaft der Ausstellung setzt sich deshalb aus vielen unterschiedlichen Partnern zusammen. Hauptförderin und Initiantin des Projekts ist die Stiftung Mercator Schweiz. Zudem wurde ein Trägerverein gegründet, welchem neben der Stiftung Mercator Schweiz auch die Christoph Merian Stiftung, die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, die AVINA Stiftung, der Nationale Forschungsschwerpunkt Klima, die Universität Basel und die Museumsdirektorenkonferenz Basel angehören. Dies zeigt auf, dass die Ausstellung zwar breit abgestützt ist, dass aber auch vielfältige Bedürfnisse abgedeckt werden müssen.

Frage 1: „Stimmt es, dass die Axpo auf oben genanntes Zitat negativ reagiert hat und dieses seither aus der Ausstellung gelöscht wurde?“

Es war die Grundlage der Kooperation des Vereins „Ausstellung 2 Grad“ mit der Axpo, dass der Axpo alle Ausstellungstexte zum Thema Kernkraft vorgelegt werden. Die animierte Grafik „Atomkraft, Kohlekraft, Fusionskraft“, welche den entsprechenden Text enthält, wurde mit der Axpo nicht separat besprochen. Deshalb hat die Axpo den Verein nachträglich gebeten, die Animation zu entfernen, da einige Aussagen aus Sicht der Axpo fachlich nicht richtig seien. Nach einer internen Absprache im Verein wurde beschlossen, die vertraglichen Vorgaben einzuhalten und den Videotext zu entfernen. Alle weiteren Aussagen zum Thema Kernkraft wurden aber beibehalten, womit auch die Axpo einverstanden war.

Frage 2: „In welchem Umfang hat sich die Axpo an der Ausstellung engagiert?“

Das Gesamtbudget der Ausstellung beträgt CHF 3,7 Mio. Der Anteil, den Axpo beisteuert, beträgt rund 2 Prozent des Gesamtbudgets.

Frage 3: „In welchem Umfang engagiert sich der Kanton Basel-Stadt an der Ausstellung?“

Der Kanton Basel-Stadt steuert aus der Energie-Förderabgabe den Betrag von CHF 300'000 bei.

Frage 4: „Ist es üblich, dass ein Unternehmen wie die Axpo den Inhalt einer Ausstellung nachträglich bestimmen kann?“

Da die Grundlage der Kooperation mit der Axpo war, dass die Texte zur Kernkraft mit der Axpo abgesprochen werden, und die Inhalte der entsprechenden Grafik nicht vorbesprochen waren, hat der Trägerverein lediglich die Vereinbarung eingehalten. Weil alle zentralen Aussagen der Ausstellung weiterhin bestehen bleiben, kann nicht die Rede davon sein, dass "der Inhalt der Ausstellung nachträglich bestimmt worden ist". Der Regierungsrat zeigt sich

erstaunt darüber, dass die Ausstellungsmacher im Bereich der Atomenergie diese Vereinbarung mit der Axpo abgeschlossen und damit ihre Unabhängigkeit auf Spiel gesetzt haben.

Frage 5: „Wie verträgt es sich mit dem Basler Atomschutzgesetz, dass diese offensichtlich durch die Axpo veranlasste Zensur von atomkritischen Beiträgen in einer Ausstellung, die vom Kanton BS mitfinanziert wird und -getragen wird, erfolgreich war?“

Es gilt hier festzuhalten, dass es sich bei der entfernten Textgrafik um eine Präsentation handelt, die auf einem Bildschirm manuell abgerufen werden musste. Dieser Bildschirm war nicht zentral platziert. Die Grundaussagen der Ausstellung werden durch diese Anpassung in keiner Weise geändert.

Dazu kommt, dass folgende Information sehr prominent als Wandtext weiterhin in der Ausstellung enthalten ist: „Kernenergie - Die Schweiz steht vor der Entscheidung, ob in den kommenden Jahren neue Atomkraftwerke (AKWs) gebaut werden sollen. Das ist auch in der Klima-Diskussion von Bedeutung: Die AKW-Betreiber argumentieren, dass die Produktion von Atomstrom vergleichsweise wenig CO₂ verursacht, also positive Auswirkungen auf das Klima hat. Doch Kernkraft ist in der Gesellschaft umstritten – Befürworter und Gegner teilen sich in etwa zwei gleich grosse Lager. Die Befürworter betonen neben der Klimaverträglichkeit der Kernkraft, dass ohne AKWs die Versorgungssicherheit bedroht sei. Die Gegner führen das immense Risiko eines schweren Atomunfalls und die ungelöste Entsorgungsfrage des Atommülls an. Die Schweizer Bevölkerung kann voraussichtlich 2013 über den Bau neuer Kernkraftwerke abstimmen.“ Aus diesem Grund sieht der Regierungsrat keinen Widerspruch zum Atomschutzgesetz.

Frage 6: Gedenkt der Regierungsrat bezüglich der Zensur zu intervenieren?

Die Ausstellungsmacher sind um eine Stellungnahme gebeten worden. In Anbetracht der Geringfügigkeit des Eingriffs besteht aus der Sicht des Regierungsrats kein Anlass für eine weitere Intervention. Dies nicht zuletzt auch darum, weil an der zentralen Aussage der Ausstellung nichts geändert wurde und an viel prominenterer Stelle immer noch auf die Problematik der Kernenergie hingewiesen wird.

Frage 7: „Wie gedenkt der Regierungsrat im Hinblick auf die anstehende Diskussion über neue AKW in der Schweiz auf die problematischen Aspekte der Atomenergie, wie zum Beispiel Strahlung im Normalbetrieb, untragbare Verseuchung der Umwelt bei einem Unfall, ungelöste Entsorgungsproblematik umzugehen?“


Der Regierungsrat wird zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für drei neue Kernkraftwerke Stellung nehmen und unter Berufung auf das Atomschutzgesetz und die Verfassung des Kantons Basel-Stadt seine strikt ablehnende Haltung bekunden (diese Haltung wurde im übrigen bereits in der Stellungnahme zum Richtplan des Kantons Aargau im Zusammenhang mit dem Ersatzkernkraftwerk Beznau geäußert). Damit die ablehnende Haltung mit Fakten untermauert werden kann, hat das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu-

sammen mit dem Kanton Genf und den grössten Umweltverbänden bereits 2009 eine Studie¹ in Auftrag gegeben, die aufzeigt, wie der zukünftige Strombedarf in der Schweiz ohne Grosskraftwerke gedeckt werden kann. Die Untersuchung zeigt auch, dass dieser Weg auch wirtschaftlicher ist als der Bau von Kernkraftwerken. Sie wurde im Juni 2010 veröffentlicht und wird seither bei allen Stellungnahmen des Kantons Basel-Stadt zitiert. Weiter wird zurzeit eine Homepage zu dieser Studie fertig gestellt. Auf dieser werden anhand von Beispielen konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt, welche gewählt werden können, um den zukünftigen Strombedarf in der Schweiz ohne Kernkraftwerke zu decken.

Ausserdem hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme an das eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation zum Sachplan geologische Tiefenlager - Etappe 1 seine Ablehnung gegenüber einer Verlängerung der Betriebsdauer der heutigen AKW und dem Neubau von weiteren atomaren Anlagen zur Energiegewinnung kundgetan. Er hat insbesondere verlangt, dass die maximalen Lagerkapazitäten des vorgesehenen Tiefenlagers auf die bestehenden AKW's beschränkt werden und nicht wie vom Bund vorgesehen auch für Rückstände künftiger Anlagen ausgelegt werden.

Ferner koordiniert der Kanton-Basel Stadt seine Stellungnahme zu den Rahmenbewilligungsgesuchen mit dem Kanton Genf und wird voraussichtlich einem unabhängigen Experten ein Gutachten in Auftrag geben, welches Informationen über die Gefährdung der Bevölkerung und die Entsorgungsproblematik liefern soll.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

¹ Infrac/TNC: Stromeffizienz und erneuerbare Energien – wirtschaftliche Alternative zu Grosskraftwerken